

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Harald Troch und GenossInnen

zum Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über den Antrag 664/AE der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend **Verhinderung von Parallelgesellschaften und Radikalisierung** (531 d.B.)
(TOP 12 der 66. Sitzung des Nationalrates am 27. März 2019, XXVI. GP)

betreffend **konsequente Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten und des Antisemitismus**

Das grauenhafte Attentat eines Rechtsextremisten in Christchurch, Neuseeland, hat auf traurige Art bewiesen, dass der rechtsextreme global vernetzte Terror genauso gefährlich einzuschätzen ist wie der islamistische Terror. So sehr es richtig ist, gegen islamistische Radikalisierungen in Österreich vorzugehen und diesen entgegenzuwirken und die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern, so muss zugleich auch rechtsextremen Aktivitäten mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Auch das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ widmet in seiner dieswöchigen Ausgabe dem Thema Rechtsextremismus die Titelgeschichte: *„Die braune Verschwörung. Das globale Netzwerk rechter Terroristen“*.

Eine neue negative Qualität stellen die Informationen über Verbindungen zwischen dem rechtsextremen Christchurch-Attentäter und den „Identitären“ in Österreich dar: Diese Verbindungen sind eine Gefahr für die nationale Sicherheit.

Leider haben die Sicherheitsbehörden den rechtsextremen Netzwerken in Österreich bisher nicht die erforderliche Beachtung geschenkt. Der Geheimdienst wurde von dieser Regierung geschwächt und die für Rechtsextremismus zuständige Mitarbeiterin in ihrer Handlungsfähigkeit dramatisch eingeschränkt.

Wenn der Verfassungsschutz die Identitären „aktuell als eine der wesentlichen TrägerInnen des modernisierten Rechtsextremismus“ einschätzt und man die jüngsten offenkundig gewordenen Tatsachen berücksichtigt, so stellt sich die Frage, warum die Bundesregierung die Auflösung der Identitären nicht schon längst geprüft hat.

Offenbar wurden von der ÖVP/FPÖ Bundesregierung die rechtsextreme Gefahr lange kleingeredet oder gar ignoriert.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Entschließungsantrag

Die österreichische Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Inneres werden aufgefordert

- Rechtsextreme Aktivitäten effektiv, aktiv und umfassend zu bekämpfen
- Die rechtsextremen zum Teil globalen Netzwerke zu bekämpfen und trocken zu legen
- Die Auflösung der „Identitären Bewegung“ raschestmöglich zu prüfen und gegebenenfalls zu vollziehen
- Jegliche Form von Antisemitismus so konsequent wie möglich zu bekämpfen

Mandl
Dauke Gruber
S. Sauer
Robert Scher

